Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 71 (1991)

Heft: 1

Artikel: Ein augustäisches Zeitalter? : europäische Sicherheitsfragen der neunziger Jahre

Autor: Stürmer, Michael

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-164880

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Michael Stürmer

Ein augustäisches Zeitalter?

Europäische Sicherheitsfragen der neunziger Jahre

«Das lernt sich in diesem Gewerbe wohl, dass man so klug sein kann wie die Klugen dieser Welt und doch jederzeit in die nächste Minute geht wie ein Kind ins Dunkle.» Was Bismarck 1864 über Politik und ihre Grenzen sagte, ist auch im Blick auf die kommenden Jahre berechtigte Warnung. Angesichts einer Welt von Zusammenbrüchen, Umbrüchen und Aufbrüchen bleibt nur das weit vorausschauende Rechnen mit gegebenen Faktoren. Die Welt hat sich verändert. Aber die Geschichte bleibt, wie ein Vulkan, aktiv. Die meisten der Kräfte, die den Wandel vorantreiben, wirken weiter. Keine der drei Revolutionen hat sich schon vollendet: nicht die sowjetische, nicht die osteuropäische und auch nicht der mit der deutschen Revolution verbundene Umbruch des europäischen Systems. Neue Gleichgewichte und Stabilitäten fordern, da die alten Führungsmächte entweder erschöpft sind, wie die Sowjetunion, oder geschwächt, wie die Vereinigten Staaten, Fähigkeit und Verantwortung für europäisches Machtmanagement. Deutschland ist nicht mehr geteiltes Land auf der Grenze feindlicher Welten, sondern Mittelstück des in der Entstehung begriffenen atlantisch-europäischen Systems, das auch Osteuropa nicht ausschliessen darf. Den neuen Rollen fehlen vorerst die Drehbücher, aber das Debut, obwohl improvisiert, war einstweilen nicht schlecht.

Die Veränderung der Welt

1989 stand auf den Kalendern als Jahr beschaulicher und würdiger Erinnerung: zweihundert Jahre Französische Revolution, fünfzig Jahre Zweiter Weltkrieg, vierzig Jahre Nordatlantik-Pakt, vierzig Jahre Grundgesetz und — schon klingt es wie die Nachricht aus einer anderen Welt — vierzig Jahre eines Staates, der DDR, der mittlerweile, in Ost und West gleichermassen unbetrauert, von der Landkarte verschwand. Tatsächlich wurde 1989 ein Jahr der Ereignisse und Ereignisketten, die an politischer Sprengkraft und historischer Wirkung wohl nur mit der Französischen Revolution zu vergleichen waren — und bleiben.

Das bipolare Weltsystem, seit Lenins Bild 1917 vom Weltfrieden durch Weltrevolution und Wilsons Vision 1918 *«to make the world safe for demo-*

cracy» in der Entstehung begriffen und seit 1945 eingegraben in die Karten Europas und dann im nuklearen Patt sistiert, hat sich erschöpft. Russland kann auf absehbare Zeit kein Bild mehr bieten vom Dritten Rom. Siebzig Jahre verlorener Geschichte und einer brutalen Erlösungs- und Machtideologie haben bewirkt, dass das grosse Land, ungeachtet seiner fast masslosen Ressourcen und Reserven, versank *«in der Grube einer verzehrenden Krankheit»* (Alexander Solschenizyn). Die Nationen zwischen Ostsee und Adria haben sich nicht dem Westen angeschlossen; sie kehren nach Europa zurück wie der Gefangenenchor in Beethovens «Fidelio», noch benommen von der Vergangenheit und, obwohl nicht ohne Hoffnung, der Zukunft ungewiss.

In Deutschland und um Deutschland hat der «Zwei-plus-Vier»-Prozess das Buch der Weltkriege und des Kalten Krieges geschlossen, vergleichbar dem Wiener Kongress, der 1814/15 ein Vierteljahrhundert der Kriege und Bürgerkriege beendete und auf lange Zeit, wie der britische Aussenminister Viscount Castlereagh damals sagte, *«the repose of Europe»* bestimmte. Parallel zu dem zentralen Handlungselement, Herstellung der Einheit Deutschlands nach innen und der Souveränität nach aussen, liefen die Verhandlungsprozesse ab, in denen es um den weltpolitischen Ausgleich ging: die Rüstungskontrollverhandlungen in Genf (nuklear-strategisch) und in Wien (konventionell); der Bush-Gorbatschow-Gipfel in Washington, der den Sowjets die Garantie gab, dass der Westen die Preisgabe des osteuropäischen Glacis nicht ausnutzen würde, und dass er auf Gorbatschow und Perestroika setzte; aber auch, dass es ein neues Kondominium über Deutschland nicht geben würde. Der NATO-Gipfel von London, der die grosse Stabilitätsgarantie wiederholte, die militärische Konfrontation abzubauen versprach und dem *ganzen* Deutschland einen Sicherheitsrahmen bot — und damit Europa, mehr oder weniger, beruhigte. Dann der Wirtschaftsgipfel von Houston, Texas, wo der Westen den Sowjets im wesentlichen Selbsthilfe empfahl, die Deutschen aber Hilfe versprachen. Und endlich Mitte Juli 1990 der Staatsbesuch von «Wunderkohl» *(«The Economist»)* in Moskau und im Kaukasus, wo ein Schlussstrich gezogen wurde unter die deutsche Teilung und wo zugleich die Skizze der neuen Nachbarschaft zwischen Deutschland und Russland politisch und wirtschaftlich entstand

Die deutsche Politik hat klug auf Machtwährungen verzichtet, die wenig zählen, und Reduzierung der Bundeswehr angeboten. Die Sowjetunion wurde vor die Alternative gestellt, für die DDR noch einen wirtschaftlichen Ausverkaufspreis zu bekommen, oder gar nichts mehr.

Im Frühsommer waren die Sowjets in die «Zwei-plus-Vier»-Verhandlungen hineingegangen mit drei verschiedenen Konzepten — einerseits Kondominium der Vier Mächte über Deutschland, anderseits deutsche

Einheit in Neutralität mit Aussicht auf «Rapallo», dazwischen ein Handel um Preis und Konditionen der Einheit. Unterdessen reduzierten die Schwindsucht der Wirtschaft und der Zerfall der Union des Kremls Verhandlungsmacht, zugleich setzte sich Gorbatschow innenpolitisch gegen seine Widersacher durch — und im Spätsommer stand das Quid pro Quo: Der Westen unterstützt sowjetische Sicherheitsinteressen, setzt auf Perestroika und rüstet ab; die Sowjetunion liquidiert das äussere Imperium, erhält westliche Unterstützung und gewinnt qua KSZE und Rüstungskontrolle ein droit de regard westlich ihrer Grenzen und wird verantwortliche Ordnungsmacht in Europa und Nahost.

Die Geschichte vom Kalten Krieg und vom nuklearen Frieden könnte hier enden. Aber das Ableben des Kalten Krieges ist nicht — wie im vergangenen Jahr Francis Fukuyama, strategischer Planer in Washington, mutmasste — *«the end of history»*. Denn weder haben die drei Revolutionen sich schon vollendet, noch ist die Macht in ihrer brutalen, unverhüllten Form aus dem grossen Spiel der Völker ausgeschieden: wie die Golfkrise zeigt und wie sich bald in anderen Bruchzonen der Weltpolitik noch zeigen wird. Dazu kommt, dass die «global challenges» — Völkerwanderungen und Bevölkerungsexplosionen, Klima-Umbrüche, Umweltzerstörung, Ressourcenknappheit — dem Ratspruch diplomatischer Stabilität sich nicht fügen. In den neunziger Jahren werden diese Probleme, die bisher nur quantitativ sich aufstauten, die Welt qualitativ verändern, und es wird überwiegend nicht zum Besseren sein.

Die Revolutionen sind noch nicht zu Ende

Wenn Imperien stürzen, dann tun sie es — anders als in *T. S. Eliots* «The waste land» — nicht mit einem Seufzer, sondern mit einem Knall, und die Nachbarn bleiben selten unbetroffen. Wie immer aber die Ukrainer — das wird Moskau am meisten schmerzen, und dort wird es am gefährlichsten sein —, die Balten, die Muslime ihres Weges ziehen und weitere Völkerschaften dazu, Russland wird immer Russland sein, grösste europäische Nation und nukleare Weltmacht. Seine grössten Feinde allerdings kommen nicht aus der Aussenwelt, sondern von innen, es sind die Grösse des Landes, sein Klima, und die russische Geschichte. Die Lähmung der Infrastruktur, der technologische Rückstand, der Zerfall der Arbeitsethik und des Staatsbewusstseins, die am Anfang der Krise standen und die schon seit Anfang der achtziger Jahre KGB und Armeeführung alarmierten und Perestroika in Gang setzten, sind nicht bewältigt. Erst jetzt kommen sie zum vollen Ausbruch.

Im Libanon-Krieg 1982 lernten die Militärs, dass ihre Technik dem Westen nicht standhielt: Sie mussten sich fragen, was der Aufmarsch in Osteuropa noch bringen sollte ausser immensen Kosten. Die westeuropäische Raketenstationierung seit 1983 stellte das strategische Gleichgewicht wieder her. SDI wurde zur technischen Herausforderung, die die Sowjetunion überforderte. Dies alles und die aufgestauten Probleme der Breschnew-Jahre — Jahre der Stagnation in Glasnost-speak — führten zur imperialen Bilanz ernstester Art schon *vor* Gorbatschow, noch mehr aber *unter* dem seit 1985 amtierenden Reformzar: Perestroika bedeutete zunächst Vervollkommnung des leninistischen Systems, nicht pluralistische Demokratie und Marktwirtschaft. Aber dieser Weg war ungangbar, und Gorbatschow wurde auf einen anderen Weg gezwungen, den er nicht kannte, und den vielleicht niemand in der Sowjetunion kannte: den Weg vom Totalitarismus zur liberalen Demokratie.

Drei Lebensfragen aber wurden offenbar von Anfang an entscheidend unterschätzt, was Zeit und vielleicht schon die Lösungschance kostete:

— die von Gorbatschow noch immer verkannte Frage des ländlichen Privateigentums als Basis und Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Reformen; dem Niedergang des alten Kontroll- und Befehlskommandosystems ist kein neues System der Ermutigung gefolgt, der Markt bleibt schwach und umstritten;
— die Kraft der nationalen und ethnischen Egoismen, die Interessen und Gegensätze, die sich nicht nur gegeneinander kehren, sondern alle zusammen auch gegen Moskau: Bürgerkriege und Revolten ohne Zahl können die Folge sein;
— endlich hat Gorbatschow die Macht der Kommunistischen Partei noch jahrelang als Teil der Lösung gesehen, nicht als Kern des Problems: Die KPdSU aber ist heute lähmend und in Lähmung begriffen, auflösend und in Auflösung.

Und endlich ist da das Problem des homo sovieticus, dem alle Initiative, alle Selbstverantwortung, aller unternehmerischer Wagemut ausgetrieben wurden, selbst die alte Lust am bäuerlichen Land, durch den Terror der Vergangenheit, die Zerstörung des Privateigentums, die Verachtung des Individuums. Der altrussische Oblomow wurde zum Sowjetmenschen. Es waren alles dies Elemente, die in der russischen Geschichte angelegt waren. Aber die Sowjetgeschichte hat sie zum Exzess geführt. Wer die Zukunft Russland begreifen will, sagte ein westlicher Geheimdienstchef, muss die «Brüder Karamasow» lesen.

Wo bis gestern die Moskauer Zentralmacht herrschte, ist nun die Macht in Auflösung begriffen. Die wirtschaftliche Kontrolle des Riesenlandes ist umstritten zwischen der russischen Republik, den anderen Republiken und

der Zentralmacht. Jeder erklärt sich für souverän, von Russland bis zur Kleinstadt. Die Desintegration der Sowjetunion ist wahrscheinlich unaufhaltsam, offen sind nur das Wie und das Wohin. Aber die aus dem unwohnlich gewordenen sowjetischen Haus ausziehenden Staaten haben kein Geld, keine Währung, wenig Energie und kaum etwas zu verkaufen. Die Eigentumsverhältnisse sind weitgehend ungeklärt. Das 500-Tage-Programm, allein von der russischen Republik angenommen, ist der erste umfassende Versuch, den Übergang zu Privateigentum und Markt zu schaffen. Aber es kann die Sowjetunion nicht zusammenhalten, es wird sie weiter auseinandertreiben. Denn es gleicht der Umstellung von Links- auf Rechtsverkehr — vorerst allein für Busse und Lastwagen.

Die Gefahr eines militärischen Rückschlages ist, obwohl den Militärs in Rüstungskontrolle und Reformpolitik, in der Freilassung der Republiken und der Preisgabe des äusseren Imperiums Zumutungen gestellt werden, begrenzt. Dass aber der Totalitarismus statt in einen Commonwealth überzugehen ins Chaos stürzt, ist noch nicht ausgemacht. Als Instrument steht dann die Armeeführung zur Verfügung. Auf eigene Rechnung kann sie nicht handeln.

Unterdessen ist Osteuropa, Schauplatz der zweiten Revolution, der sowjetischen Oberherrschaft ledig. Von der Warschauer Pakt-Organisation wird wenig bleiben, allenfalls Verabredung politischer Konsultationen in Krisen und Rüstungskontrolle, vom Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe COMECON nichts. Aber das Wohlbefinden der osteuropäischen Länder ist alles andere als gesichert: Die Revolutionen waren ein Fest der Demokratie und der nationalen Selbstbehauptung. Aber Demokratien, über Armenhäusern errichtet, haben geringe Lebenserwartung. Und mit den Nationen auferstehen auch alte Dämonen: industrielle Rückständigkeit, nationale und religiöse Unduldsamkeit, Angst vor dem Gestern und dem Morgen. Polen ist das einzige Land, das mit Entschlossenheit die bittere Medizin des Internationalen Währungsfonds schluckte, um zur Marktwirtschaft zu gelangen. Aber der politische Preis kann hoch werden, und das dringend gebrauchte ausländische Kapital bleibt, wie immer, scheu wie ein Reh vor so viel alten und neuen Beunruhigungen.

Die Tschechoslowakei besteht aus zwei miteinander unglücklichen Nationen, dem halbindustriellen böhmischen Becken und der überwiegend agrarischen Slowakei. Doch in der alten Industriestruktur liegt ein Versprechen für die Zukunft, und damit Hoffnung. Ungarn hat am längsten die Marktwirtschaft vorbereitet, lernt aber gegenwärtig den Preis, und das Land hat wenig industrielle Basis. Überall ist die Umwelt schwer verwundet, der Produktionsapparat veraltet, die Bevölkerung dem alten Elends-Schlendrian verhaftet. Die gigantischen Anstrengungen, die der westliche Teil Deutschlands gegenwärtig unternehmen muss, um den östlichen an

Bord zu nehmen, lassen das Ausmass der Anstrengungen ahnen, welche Osteuropa, weitgehend ohne äussere Hilfe und soziale Absicherung, zu leisten hat.

Der islamische Krisenbogen von Kaschmir und Kasachstan bis Casablanca ist eine dritte Zone der Instabilität. Es gibt wenig, was er gemeinsam hat jenseits der Lebens- und Glaubensformen. Aber explosives Bevölkerungswachstum, dramatische Armut, Mangel an demokratischer Erfahrung, Streben nach High-Tech-Waffen bis hin zu chemischen und nuklearen Potentialen — das alles bleibt überwölbt durch die letzte gewaltsame grosse Ideologie. Der Rückzug der Supermächte aus diesen Zonen reduziert zwar die Gefahr globalen Zusammenpralls, erhöht aber die Brandgefahr. Regionalkrisen sind denkbar und absehbar ohne Zahl und Grenze. In vielen liegt das Potential globaler Konsequenzen. Kurzfristig ist das Öl eine Waffe, allerdings zweischneidig. Mittel- und langfristig ist der Hauptfaktor das ungebremste Bevölkerungswachstum. Kaum ein Land am östlichen und südlichen Rand des Mittelmeers, wo nicht zwei Drittel der Bevölkerung jünger sind als 25 Jahre: düstere Aussichten für Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt und politische Stabilität von Regimen und Grenzen. Das Mittelmeer könnte bald Europas Rio Grande werden, wo sich der Strom der armen mexikanischen Zuwanderer, bevor er in die USA einsickert, erst einmal aufstaut.

Die Bedeutung der Golfkrise liegt nicht nur in dem unverstellten Machthunger eines arabischen Diktators, der getrieben wird von einer über die Verhältnisse des Landes gehenden Kiegs- und Eroberungspolitik, den daraus resultierenden Schulden und wirtschaftlich-sozialen Zwängen. Zwischen Irak und Kuwait wurden die post-osmanischen Grenzen weggewischt von einer Macht aus der Region. Was vor 1914 der Balkan für Europa war, Krisenregion mit Explosivkraft, kann der Nahe Osten für die Welt werden.

Es ist in diesem Zusammenhang auch unvermeidbar, von den «Menschheitsfragen» zu sprechen, die Gorbatschow im Dezember 1988 vor den Vereinten Nationen aufzählte und den *«global challenges»,* die die NATO-Häupter wenig später nannten: Bevölkerungsexplosion (100 Millionen Zuwachs pro Jahr nach Analyse und Prognose der Vereinten Nationen) in grossen Teilen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas; Massenarmut und Hungerkrisen; Überlastung und Verengung der Lebensräume; Entwaldung, Wüstenbildung, Klimaveränderung. Von der Schuldenkrise wird nicht mehr viel gesprochen: Nicht aber, weil sie nicht mehr existiert, sondern weil man sich an sie gewöhnte. Anders als der Kalte Krieg ist, was sich da aufstaut, undramatisch und vorerst von geringer militärischer Bedeutung. Aber die neunziger Jahre könnten die Epoche werden, da Quantität in Qualität umschlägt: Hunger und soziale Instabilität in Krisen und Kata-

strophen grossen Ausmasses, und viele der Stosswellen würden, direkt und indirekt, auch den Westen noch treffen.

Stabilität und Gleichgewicht

In seinem mitteleuropäischen Zentrum war der Kalte Krieg ein Kampf um die Erbfolge des deutschen Reiches. Zwei Verweigerungsstrategien trafen aufeinander in der Mitte Europas. Stalin wollte die Welt sicher machen für den Kommunismus: Amerika für die Demokratie. Stalin wollte das Glacis des Imperiums bis zum Atlantik; Amerika die strategische Gegenküste. Die deutsche Teilung war die Linie, die lange Zeit die Welt vom dritten Weltkrieg trennte. Zur Dramatik der «Zwei-plus-Vier»-Verhandlungen gehörte, dass die Gestalt Deutschlands die Gestalt Europas bestimmt, wie der sowjetische Generalstabschef unlängst der Armeezeitung mitteilte: Sie habe «Schlüsselbedeutung», und die Einheit Deutschlands ziehe unausweichlich die Einigung Europas nach sich. Aber wie wird sie sich gestalten?

Russlands Revolution von oben und Osteuropas Revolution von unten konnten die strategische Gesamtlage nur modifizieren. Die Deutsche Revolution hat sie umgestürzt. Deshalb war «Zwei-plus-Vier» nicht eine regionale Angelegenheit, sondern von globalen Implikationen. Aber die Ergebnisse, beruhigend für Ost und West und für die Deutschen das grosse Los, bedürfen der Festigung und Bestätigung. Wie gross sind die Chancen?

Die Führungsrolle der USA, seitdem Ronald Reagan amerikanische Verhandlungsmacht durch eine auf Vollbeschäftigung zielende Wirtschaftspolitik und eine auf absolute Sicherheit zielende Rüstungspolitik wiederherstellte, wurde in den achtziger Jahren noch einmal gespielt — aber vielleicht auf lange Zeit zum letzten Mal. Denn sie hatte einen Preis: Überschuldung des Staates und Verfall des US-Dollars als Weltleitwährung. Die Führungsfähigkeit des mächtigsten Landes der Welt steht heute in Frage, nicht durch amerikanischen Neo-Isolationismus, der immer im Widerstreit bleibt zur Weltvision des Landes, sondern durch gesellschaftliche und moralische, wirtschaftliche und monetäre Schwächen. Amerikas Weltpolitik ist zur «Uncertain trumpet» — so der Titel des Buches von *Maxwell Taylor* 1960 — geworden. In der Abwicklung des Kalten Krieges in Mitteleuropa und in der Eindämmung der Aggression am Golf war jene Machtwährung noch einmal von entscheidender Bedeutung, die die USA noch immer unumstritten beherrschen: die militärische. Aber in Wahrheit wird Führung auf die Dauer in anderen Machtwährungen ausgerechnet: Wirtschaft, Technik, Sozialkonsens, industrielles Management. Nicht *«imperial overstretch»* oder irgendeine Katastrophe hat Amerika befallen. Die Ursachen sind banal, aber dauerhaft: geringe Sparquote, unzureichende produktive Investitionen in zukunftsträchtigen Leitsektoren, die

Obsession der Geschäftswelt durch kurzfristigen Gewinn, das notleidende System technischer Erziehung und Allgemeinbildung sowie insgesamt eine unzureichende Fähigkeit, materielle und immaterielle Ressourcen zu erschliessen, der schlechte Zustand der städtischen Infrastruktur, Unlust an Steuern und Führungsmängel. Wenn die Helden in den nächsten Monaten, halbe Sieger oder halbe Verlierer, vom Golf zurückkehren, werden sie vor der alten «domestic agenda» stehen, nur schlimmer, und sie werden die Europäer fragen, warum sie nicht beim nächsten Mal vorangehen. Das aber wird Europa vor Probleme stellen, die bisher amerikanische Supermacht, deutsche Teilung und sowjetische Drohung ihnen ersparte: Nämlich, wieviel Führung in der Welt sie selber geben wollen.

Es gab eine Schrecksekunde am 9. November 1989, in der alte Erfahrungen der Europäer zusammentrafen mit der Abneigung, Abschied zu nehmen von einer Lage, wo Amerikas Führung militärisch stark war, wo Paris und London zu den Siegern des Zweiten Weltkrieges zählten, nukleare Mittelklasse, und wo das geteilte Deutschland schutz- und anlehnungsbedürftig war, gefangen in Geschichte und Geographie. Jetzt fordert Frankreich in der Europäischen Gemeinschaft mehr Integration, zugleich zieht es, widersprüchlich genug, die Truppen von Neckar ab. Mrs. Thatcher in London riet zur Erweiterung der EG weit nach Osten, um die ungeliebte Integration zu bremsen: Beides aber vermehrt in Wahrheit nur die Gefahr deutscher Dominanz, statt sie zu überwinden. Tatsächlich geraten auch die Deutschen in ein Entscheidungsdilemma: Wollen sie weniger Europa, so erregen sie Misstrauen: Rückkehr zum Nationalstaat? Wollen sie mehr Europa, so erregen sie ebenfalls Misstrauen: die ganze EG eine deutsche Einflusssphäre?

Seit dem 9. November 1989 ist die Welt im Umbruch begriffen, und im Zentrum steht die Einheit Deutschlands:

«The sudden recession of Soviet power has effected a revolution in the position of the Federal Republic and of the soon-to-be-unified state of Germany. What formerly constrained West Germany, as no other major state of the post-war order was constrained, is now gone. For almost half a century, the threat of Soviet military might conditioned, as did no other factor or combination of factors, West Germany's behavior. It is the verge of disappearance of this threat that has suddenly given rise once again to the ‹German problem›. In upsetting, if not simply destroying altogether, the post-war balance of power that had obtained so long in Europe, the Soviet Union liberated the country that was the principle reason for, and object of, that balance . . . And while a new Germany may have every reason to behave with moderation and circumspection, the means of constraining it to do so are no longer apparent.»

(Robert Tucker, 1989 and All That, in: Foreign Affairs, Fall 1990, S. 97)

Dahinter steckt die Frage, ob Deutschland die Bindungen, die es bisher nolens volens auf sich nahm, in der künftigen europäischen Konstruktion weiterführen oder abwerfen wird. The «repose of Europe» erfordert neue Stabilität und neue Gleichgewichte mit Deutschland und um Deutschland. Dabei geht es nicht allein um die seit dem Londoner Gipfel in Gang kommende NATO-Reform oder das Gelobte EG-Land nach 1992. Es geht vor allem um Zusammenhang und Gleichgewicht von strategischer Sicherheit in der NATO, wo die Deutschen nur Mittelklasse sind, und wirtschaftliche Gestaltungskraft in der EG, wo die Deutschen Klassenprimus sind.

Die Westeuropäer stehen vor der Alternative, mehr Europa zu haben — oder mehr Deutschland. Für dieses Europa aber geht es um die Frage, welches Gewicht es in künftigen Regionalkrisen von globaler Reichweite einsetzen kann, wie es im machtpolitischen Dreieck mit Japan und Nordamerika verhandelt, und wie langfristig Einfluss zu nehmen ist auf Russland und die Auseinandersetzung um die sowjetische Erbfolge. In einem neuen Gleichgewicht, dessen wichtigstes Ausgleichsmittel wirtschaftliche Integration bleibt, kann Europa viel erreichen. Ein Europa jedoch, das den Fortfall des Eisernen Vorhangs durch Wiederbelebung seiner alten Mythen und Ängste feiert, kann nichts bewirken ausser seiner eigenen Schwäche.

Folgerungen für Deutschland nach der Einheit

Bündnisfähigkeit bleibt Kern des nationalen Interesses, und sie liegt nach innen in Grundgesetz, sozialer Marktwirtschaft und der Leistungsfähigkeit der technischen Zivilsation; nach aussen im Souveränitätstransfer zwischen dem Nationalen und dem Übernationalen. Seit dem späten Bismarck hatten die Deutschen nie Talent und die Fähigkeit zu Bündnissen, oder allenfalls zu den falschen, und das hat zu Kämpfen um Hegemonie und Gleichgewicht geführt und seit 1914 ins Verderben.

Nach 1949 indessen wurde die neue Rolle der neuen Bundesrepublik auf Vertrauenserwerb und Bündnisse gestellt. Jeden Zuerwerb an Macht begleitete seitdem der Verzicht, sie nationalstaatlich zu gebrauchen. Das hat zuerst im Westen Beruhigung und Bindungen geschaffen und dann nach Osten der Entspannung vorgearbeitet. Was aber das geteilte Deutschland brauchte, das kann das ungeteilte Deutschland nicht entbehren: Vertrauen und Verbündete. In welcher Form aber wird sich das künftig entwikkeln? Mit ihren 16 Ländern ist die Bundesrepublik Deutschland heute eingebunden in vielen Allianzen, Systeme und Prozesse. Der Verlust an nationaler Gestaltungsfähigkeit, den manche beklagen, ist immer mehr als wettgemacht worden durch Gewinn an übernationaler Kontrolle der eigenen Existenzbedingungen.

Unter diesen Bündnissen sind einige wichtiger als andere. Die Atlantische Allianz und die Europäische Gemeinschaft gehören zu den harten Organisationen, der Europarat, die KSZE und andere zu den weichen. Von Nutzen sind sie auf je verschiedene Weise, und deshalb sind sie auch nicht gegeneinander aufzurechnen oder zu ersetzen, sondern in ihrer komplementären Funktion zu erhalten. Beide, NATO und EG, werden in Zukunft gebraucht, noch mehr als in der Vergangenheit, um der deutschen Einheit den festen internationalen Rahmen zu erhalten, der in Ost und West Vertrauen schafft — und der auch die Angst der Deutschen vor sich selbst, vielleicht die grösste des seine Ängste pflegenden Landes, bannt.

Der NATO bleiben darüber hinaus entscheidende, politisch-strategische Aufgaben: Nordamerika in Europa zu halten, nukleare Supermacht durch nukleare Supermacht zu balancieren, das Europa der Wirtschaft von der Bürde des Militärischen zu entlasten — denn eine europäische Nuklearmacht liegt so fern wie eh und je — und zugleich die Brücke zu bilden zu den USA und der Freihandelszone mit Kanada. Allianzen müssen um so sorgfältiger gepflegt werden, je weniger sie äusserer Zwang zusammenhält. Die politischen Zwecke der NATO — Gleichgewicht, Friedenswahrung und Konfliktmanagement — gelten weiter. Aber es bedarf mehr als bisher elastischer militärischer Strukturen, insbesondere Rekonstitutionsfähigkeit und schnelle Eingreiftruppen, und dazu muss die nukleare «flexible Antwort» als letzte Rückversicherung des Friedens bleiben. Die Deutschen sollten, weil dem so ist, nicht ihre Visionen jenseits der NATO suchen, weil sie damit sichtbare und unsichtbare Bedingungen der neuen Gleichgewichte in Frage stellen. Für die NATO aber geht es darum,

— das Nukleare auf den essentiellen Kern abzubauen («weapons of truly last resort»);
— anstelle der Vorneverteidigung eine elastische, angeglichene und schnell reaktionsfähige konventionelle Macht zu erhalten («Wo ist die Front?»);
— eine stärkere europäische Rolle zu entwickeln, was eine europäische schnelle Eingreiftruppe umfasst;
— alle Kooperationen mit Frankreich zu verstärken;
— abgestimmte Rüstungskontrolle und Verifikation voranzutreiben, denn die Technik steht so wenig still wie die Geschichte;
— zu Sicherheitsstrukturen beizutragen, die in Osteuropa Explosionen und Implosionen vorgreifend verhindern.

Was die Europäische Gemeinschaft betrifft, so zeigt die Einheitliche Europäische Akte bereits Wirkung nicht nur durch die Investionen, die sie in Gang setzte, sondern noch mehr durch die Integration, die sie fordert und fördert. Aber der Horizont ist längst um Osteuropa erweitert, und die politische entscheidende Frage lautet, wie die Demokratien Osteuropas

gestärkt und auf lange Sicht integriert werden können: Das Fest der Nationen und der Demokratie könnte sonst als Tanz der alten Dämonen enden.

Einer Sicherheitsrolle kann sich das Europa von Brüssel nicht verweigern, aber seine Soldaten sollte es innerhalb der NATO haben, schon aus den oben beschriebenen Gründen. Zur Sicherheitsrolle gehört aber auch, alles zu tun für die wirtschaftliche Gesundung Russlands und der Sowjetunion. Deutsche Alleingänge sind da auf Dauer von doppeltem Übel: Zum einen überfordern sie das Land, zum anderen erwecken sie Rapallo-Gespenster zum Leben. Die deutsche Rolle ist, nach Osten Anwalt der Kooperation zu sein und allenfalls Konsortialführer, nicht aber Retter von 300 Milionen. Auch braucht die europäische Rolle Abstützung auf amerikanische Macht.

Bisher zu den weichen Institutionen zählend, hat sich der Europarat als Warteraum und Vorzimmer Westeuropas bewährt für die Nationen, die aus der Kälte kommen. Für die Deutschen war er das erste internationale Gremium, das sie nach dem Krieg besuchen durften. 1989 hat Ungarn, indem es die Menschenrechtscharta des Europarats unterzeichnete, seine Politik der Grenzöffnung international abgedeckt, die zum Fall des Honecker-Regimes und der Mauer führte. Stalins zynische Frage, wieviele Divisionen der Papst habe, hat ihre Antworten gefunden: in Polen die katholische, in Ungarn die europäische. Der Europarat wird in Zukunft, wenn einmal alle europäischen Staaten die Gelübde genommen haben und Mitglieder sind, den Respekt vor den Menschenrechten anmahnen und auf gute politische Sitten achtgeben. Denn wenn alte Unsitten bleiben, ist es um Rechtsstaat und Demokratie schlecht bestellt. Der Europarat wird aber auch der Europäischen Gemeinschaft im allgemeinen und dem Europaparlament im besonderen Rat geben müssen, wie eine vorgreifende Sicherheitspolitik mit friedlichen Mitteln die demokratischen Lebensformen zu retten und zu bewahren hat.

Endlich die KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa): Sie hat in der Vergangenheit ihre Gestalt gewandelt. 1973 wollten die Russen den Ersatz für einen deutschen Friedensvertrag, 1975 bekamen sie die Unverletzbarkeit der Grenzen und wirtschaftliche Zusammenarbeit, aber auch die Forderung nach Rechtsstaat und Menschenrechten. Die Pariser Erklärung vom 19. November 1990 ist eine Magna Charta der Menschenrechte und der europäischen Demokratie: Internationale Stabilität und die Garantie der Menschenrechte, darüber besteht erstmals Konsens, gehören zusammen. In den achtziger Jahren wurde die KSZE zum Dach der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa und der Vertrauensbildung und zum Institut für die Gesichtswahrung politischer Verlierer. Sie wird auch in Zukunft wandlungsfähig sein — oder sie wird nicht sein. Ihre Institutionalisierung ist ein ehrgeiziges Unternehmen, in welches vor allem

Bonn Gewicht und good will investierte. Aber die Ergebnisse blieben bescheiden. Vielleicht ist das kein Schaden. Denn es erinnert daran, dass die KSZE nur so leistungsfähig ist und sein wird, wie jeder der 35 Staaten — von Malta bis zur Sowjetunion — sie haben will, dass sie von einem sicherheitsverbürgenden System weit entfernt ist und die vorhandenen harten Systeme nicht zu ersetzen vermag.

Die deutsche Einheit erlöst die Deutschen aus der doppelten Frontstellung des Kalten Krieges. Zugleich aber ist die ältere Konfiguration der europäischen Mittellage wiederhergestellt mit ihren geostrategischen Versuchungen des Schaukelspiels, der Hegemonie und der Selbstisolation. Vor deutscher Souveränität und verantwortlichen Management der Macht brauchen wir uns nicht zu fürchten. Aber man kann nur europäisch und atlantisch Gebrauch davon machen. Alles übrige zerstört das deutsche Spiel. In der Welt nach dem Krieg hat Deutschland mehr Handlungsfreiheit als seit langer Zeit. Es wird darauf ankommen, sie in der richtigen Machtwährung einzusetzen und nach Westen ein verantwortungsvoller Partner für Weltwirtschaft und globale Sicherheit zu sein, nach Osten aber, und insbesondere zur Sowjetunion, Anwalt einer weit vorausgreifenden Sicherheitspolitik, die auf Freiheit, gesellschaftlichen Ausgleich und politische Stabilität setzt.

1914 scheiterte das neunzehnte Jahrhundert an sich selbst. 1989 hat das zwanzigste Jahrhundert seinen Kurs vollendet. Was jetzt beginnt, ist nicht augustäisches Zeitalter. Wohl aber kann es nach allen Krisen und Katastrophen der Alten Welt noch einmal das Jahrhundert Europas geben.